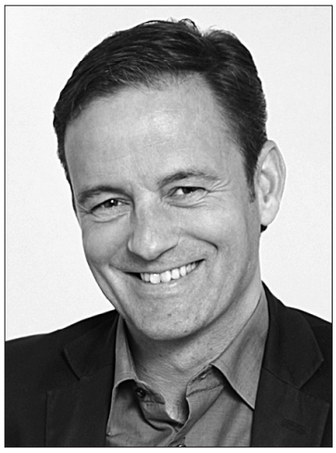
Der Nebel lichtet sich



Nachdem die europäischen Regierungen jetzt auch noch bestätigt haben, dass sie mit der Schweiz nicht über die Personenfreizügigkeit «verhandeln» möchten, lichtet sich die Ausgangslage langsam. Wir sind nach den «exploratorischen Gesprächen» jetzt wieder bei den schweizerisch formulierten «Gesprächen über die technische Umsetzung der Personenfreizügigkeit». Es lichtet sich auch der selbst geworfene Nebel.

•••

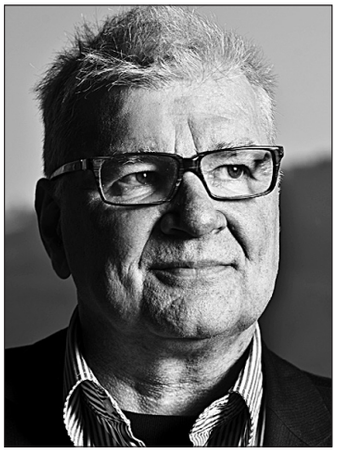
Also: Die Personenfreizügigkeit ist der Kern des Kerns des Europäischen Binnenmarktes. Den Zugang dazu gibt es ohne nicht. Das haben wir Linken immer gesagt, und das hat die EU immer gesagt. Da gibt es nichts zu verhandeln. Nun gibt es das knappe Resultat vom 9. Februar 2014. Und eine entsprechende Verpflichtung. Diese Verpflichtung treibt den Bundesrat an, die Verfassungsbestimmung umzusetzen, in der Hoffnung, das Parlament möge das noch irgendwie verändern. Es treibt uns an, parlamentarisch mitzuspielen und die berühmten «Ängste des Volkes» ernst zu nehmen. Das heisst: Langfristige Hoffnung auf eine Möglichkeit der Zuwanderungsbegrenzung, auf dass wir ganz kräftig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, ältere Arbeitnehmende integrieren oder Restriktionen im Zugang zur Sozialhilfe erfinden.

•••

Nur: Wir müssten eigentlich den Mut haben, die Wichtigkeit der europäischen Integration zu erklären. Die Wichtigkeit, Europa zu kritisieren, ein soziales Europa einzufordern – mit einer beteiligten Schweiz. In diesen Zeiten nicht die Europäische Menschenrechtskonvention in Frage zu stellen, sondern als Schweiz deren Einhaltung zu fordern. Als stolzes europäisches Land. Als Depositärstaat der Genfer Konventionen. Wir, die Schweiz, verzweifelnd vor den Ansprüchen der europäischen Integration und einer sich globalisierenden Welt. Ratlos vor unserem Wohlstand und Wachstum.
Es ist Zeit, einmal die Systemfrage zu stellen. Die Frage nach dem negativen Potenzial unserer Demokratieform. Wo mehr und mehr Wahlkampf statt Zivilgesellschaft betrieben wird. Und wo mehr und mehr Initiativen in der Hoffnung eingereicht werden, sie liessen sich nicht durchsetzen. Und man könne dann nochmals davon profitieren, indem man die Nichtdurchsetzung mit einer Durchsetzungsinitiative bekämpft.
Jeder Freundin, jedem Freund der Verfassung wird es darob schlicht schlecht. Wir müssen den Versuch wagen, die Demokratie wieder an und mit ihren Wurzeln zu stärken. Sie ist kein perfektes, aber immer das beste System.

Martin Naef
SP-Nationalrat, Zürich

Gegen alle Richter



Ich war bis jetzt für die Konkordanz mit der SVP. Mit der Völkerrechtsinitiative und dem Antrag von Ueli Maurer im Bundesrat, aus der EMRK auszutreten, verlässt die SVP nun aber den Verfassungsboden der 1999 angenommenen Bundesverfassung. Ihr 'Demokratismus' ist ein klarer Angriff auf die Substanz der Grundrechte unserer Verfassung. Unsere Verfassung und die EMRK sind bezüglich Menschenrechten deckungsgleich, einzig bei den Verfahrensrechten geht die EMRK etwas weiter. Die EMRK muss angerufen werden, weil wir keine Verfassungsgerichtsbarkeit kennen und deshalb der Schutz der Substanz unserer Grundrechte nur über die EMRK möglich ist. Im Übrigen handelt es sich bei der EMRK um Mindestgrundsätze und nicht um ein Grundrechtsqualitätslabel, dem sich auch ein Land wie die Türkei unterwirft. Die Frage der fremden Richter dient der SVP mithin nur als Vorwand; sie will den Grundrechtsschutz kappen. Die SVP lehnt rechtsstaatliche übergeordnete Leitplanken ab, deswegen missachtet sie das Verhältnismässigkeitsprinzip wie auch das der Gewaltenteilung und -trennung. Die SVP ist nämlich nicht gegen fremde, sondern gegen alle Richter. Die SVP tut so, als verteidige sie die Souveränität der Schweiz. Dem ist aber nicht so. Sie will eine andere Schweiz als die in der Bundesverfassung von 1999 verankerte. Mithin geht es beim Kampf gegen die SVP Schweiz nicht um EU-Beitritt oder nicht EU-Beitritt, sondern darum, welche innere Gestalt die Schweiz hat, ob sie eine rechtsstaatliche Schweiz ist, die soziale und ökologische Mindeststandards einhält und die die Gleichwertigkeit aller hier anwesenden Weltreligionen und Ethnien anerkennt. Unsere Konkordanzdemokratie beruht auf einer materiell äusserst breiten Konsensbasis und lebt von wechselnden Mehrheiten. Die Bandbreite der Übereinstimmungen nahm nach 1990, dem Ende des Kalten Krieges, rapide ab. Inzwischen stellt indessen die SVP die elementaren Staatsgrundlagen unseres Landes in Frage. Der Bruch mit der SVP ist deshalb nötig, und zwar vor den Wahlen. Mag sein, dass die SVP dann ein wenig zugewinnt. Das gibt ihr aber keine zusätzliche Legitimität. Entscheidend ist die Entschlossenheit der anderen Parteien, sich eines neuen Konsenses nach dem Untergang des Bankgeheimnisses und der Abkehr von der Atomkraft zu besinnen, der auf den bilateralen Weg setzt. Es ist dies nicht einfach eine Schweiz der Städte, im Gegenteil, es ist eine Schweiz der regionalen und kulturellen Vielfalt. Genau die will die SVP nicht. Sie setzt auf die «Diktatur des Agglowutbürgers», der sich mit der Schweiz verwechselt.
Die Auseinandersetzung um die Nachfolge des NZZ-Chefredaktors spielt sich vor dem gleichen Hintergrund ab. Sie zeigt die Zerreissprobe, vor der die FDP steht. Mich wundert aber vor allem, dass die CVP die Chance nach einer neuen Führungsrolle nicht packt und den Bruch initiiert.

Daniel Vischer